

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

11.11.1866 (No. 269)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 11. November.

N. 269.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einsendungsgebühr: die gefaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

München, 10. Nov. Der König trat heute Vormittag 11 Uhr mit einem Ertrage die Reise nach Frankfurt an; das nächste Reiseziel ist Bayreuth. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde Sr. Maj. mit lebhafter Akklamation empfangen.

Wien, 9. Nov. (W. L. B.) Die „N. Fr. Presse“ berichtet: Ein englischer Kurier überbrachte ein Handschreiben der britischen Königin an den Kaiser, worin die Königin den Kaiser beglückwünscht wegen der Attentatsverhütung.

Venedig, 8. Nov. (W. L. B.) Der König hat heute die Staatsgebäude und Kunst-Denkmäler in Augenschein genommen; überall wurde ihm der begehrteste Empfang zu Theil.

St. Petersburg, 10. Nov. (W. L. B.) Aus Anlaß der Vermählungsfest des Großfürsten-Bruders ist ein kaiserl. Manifest erschienen. Dasselbe erleichtert das Schicksal der Verurtheilten des Reiches, einschließlich Polens; Finnland ist die Zahlung der Steuern rückwärts erläßt. General-Berg wurde zum Feldmarschall ernannt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 7. Nov. 27. Öffentliche Sitzung der Ersten Kammer, unter dem Vorsitz des durch Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden. (Schluß.)

Die Tagesordnung führt nunmehr zur Berichterstattung des Abg. Dennig Namens der Budgetkommission über die berichtigten Budgets der Amortisations- und der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse. Der Kommissionsantrag geht auf Genehmigung beider Budgets.

Eine kurze Diskussion knüpft sich an folgende Stelle des Berichts: Die Größe der Beträge, welche durch Anleihen aufgebracht werden müssen, läßt es entschieden räthlich erscheinen, mit den (Eisenbahn-)Renten weniger rasch voranzugehen, und ihre Ausführung, wie die hierfür erforderlichen Kapitalaufnahmen auf eine längere Periode zu vertheilen, um günstiger Anleihenbedingungen zu erlangen.

Auf eine im Sinn dieser Stelle gemachte Bemerkung Artaria's entgegnet

Staatsminister Mathy: In den letzten Monaten sind drei Eisenbahn-Linien hergestellt und dem Betrieb übergeben worden, die Königsfeld-Bahn (Offenburg-Kausach), welche am Tage vor der Schlacht von Königsgrätz eröffnet wurde, die Linie Engen-Engen und Mosbach-Dierdorf-Würzburg. Dies ist sicher im allgemeinen Interesse, indem dadurch große, bereits verwendete Summen fruchtbar gemacht und den betreffenden Gegenden große Vortheile zugewandt sind. Außerdem würde, bemerkt Redner weiter, die Linie Neudorfheim-Sieheim-Kappelen-Jorsfeld in Angriff genommen werden, um den mit Württemberg abgeschlossenen Vertrag zu erfüllen. Derselben Engen-Donauwörth-Billingen, Nadelstich-Stockach, wahrscheinlich auch Stockach-Weßkirch. Dagegen würden andere Linien, deren Vollenbung erst später bedungen sei, noch zurückgestellt werden. Diese Arbeiten gehen nicht über unsere Kräfte, und können nicht unterlassen werden, da Württemberg auch seinerseits den Vertrag erfüllt.

Ke. Gretchen O'Brien.

(Fortsetzung aus Nr. 258.)

Ich hörte, und ein entsetzliches Licht fiel in mein rasches Dunkel. Es sauste mir in den Ohren, schoss mir wie Blitze vor den Augen. Zum erstenmal in meinem Leben kam es mir möglich vor, daß ich, ein starker Mann, in Dummheit fiel. Ich sah Gretchen an, die in einer Ecke des Bogensitzes saß, das blaße hübsche Gesichtchen vorn über auf die Hand gestützt, die freigeordneten Wägen fast überquellend in die braunen Augen. Von Mund und Stirne war die gewöhnliche stolze Zurückhaltung dem Ausdruck eines starken Ansehens an dem erschröckenden Gegenstand des Augenblicks gewichen. Mein Onkel hatte mich gleich bei meinem Erscheinen in den gelindesten Bistellenden angefahren.

„Neffe! rief er, und packte mich wild am Hals und freiste mich in's Ohr, laß auf der Stelle eine Abtheilung Polizei kommen und laß alle deine schmutzigen Diensthöfen festnehmen. Laß —“

Doch ich will Dich mit der Wiederholung seiner Majestät nicht befehlen, Robert. Jemand im Haus — dahin sieht die allgemeine Meinung zu gehen — hatte den Diebstahl verübt. Es war allerdings ein Hinterseher im Erdgeschosse offen gefunden worden; doch Das ließ sich leicht als eine bloße List erkennen; denn der Dieb hatte den stachen Mißgriff begangen, ein Fenster aufzumachen, das von außen dicht vergittert war. Jemand im Haus mußte hinter die Geheimnisse der Springfedern und Schloßer von Onkel Osefius's Schatzkiste gekommen sein. Eine oder zwei Personen ließen sich begehnen. Jado als möglicherweise den Dieb zu bezeichnen, doch von einem Verdacht auf ihn wollte sein Gebieter nichts hören. Jado war schon seit vielen Jahren sein Diener und hatte ihm nie eines Heller's Werth veruntrent. Weßhalb sollte er jetzt schlecht an ihm geworden sein?

„Weßhalb? Weil er eben vielleicht noch nie durch eines schlaunen Weibes Künste in Versuchung geführt worden war. Ich hätte zu

geh. Rath Bluntzli gibt zu, daß sich hiegegen nichts einwenden lasse. Es frage sich jedoch, ob nicht ein Uebereinkommen mit Württemberg im Sinne längeren Zuwartens möglich sei. Man habe zu viel gethan, indem die Eisenbahnbauten vom Staat allein, ohne Zuzug von Privatgesellschaften, übernommen worden. Dadurch sei nun eine momentane Verlegenheit entstanden, welche allerdings mit den äußeren Verhältnissen im Zusammenhang stehe.

Staatsminister Mathy will hier die Frage, ob Staatsbau oder Gesellschaftsbau den Vorzug verdiene, nicht erörtern. Unter Verhältnissen aber, wo es dem Staat nicht leicht sei, die erforderlichen Summen zu beschaffen, biete sich auch das Privatkapital nicht leicht an, außer unter Garantien und Bedingungen, die es immer noch vortheilhafter erscheinen lassen, den Bau auf Staatskosten zu übernehmen. So ganz aber sei doch das Privatkapital nicht ausgeschlossen worden. Redner erwähnt der Wiesenthal-Bahn, der Karlsruhe-Maxauer und der Dinglingen-Bahner Bahnstrecken, sowie der Würzthal-, Kentschthal- und Kaiserstuhl-Bahn, welche letztere hauptsächlich in Wäde nachfolgen würden.

Der Berichterstatter wendet ein, die Kommission habe gedacht, die württembergische Regierung werde sich in gleicher Lage wie die badische befinden und deshalb leicht auf eine solche Uebereinkunft eingehen.

Staatsminister Mathy erwidert, der Vordränger sei am besten in der Lage, zu wissen, daß Württemberg seine Eisenbahnbauten nicht einstellt.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Nächstfolgender Gegenstand der Tagesordnung ist die Diskussion des von Obergerichtsadvokat Bertheau erstatteten Berichts über den Entwurf des Kriegskosten-Ausgleichsgesetzes. Der Kommissionsantrag geht auf Zustimmung zu dem Gesetze nach der Fassung der Zweiten Kammer.

Zum Art. 1 des Gesetzesentwurfes ist bekanntlich von der Zweiten Kammer ein Zusatz gemacht, welcher Staatsanstellungen vom Militärs des Kriegskosten-Entschädigung ausschließt.

Auf die bezügliche Erweiterung des Berichterstatters bemerkt

Staatsminister Mathy, die durch den Kriegsschaden mit betroffenen Staatsanstellungen seien die Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung und diese seien ausgeschlossen von der allgemeinen Staatsverwaltung; ihre Erträgnisse fließen nicht in die Staatskasse. Die Regierung habe übrigens auf dem Ersatz für dieselben nicht bestanden; es sei ihr nur daran gelegen, klar zu machen, daß diese Verluste die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse treffen.

Nach einer weiteren kurzen Erörterung anlässlich des § 5 zwischen dem Berichterstatter, dem Abg. Dennig und Hrn. Ministerpräsident Jolly, welcher hier und während des übrigen Theils der Sitzung als Vertreter der Regierung spricht, und nach ohne Diskussion erfolgter Annahme der übrigen Artikel wird das ganze Gesetz einstimmig nach der Fassung der Zweiten Kammer angenommen.

Se. Großh. Hoheit Prinz Karl von Baden erstattet hierauf im Namen der Budgetkommission Bericht über die Petition der Stadt Baden, die Spielfrage betreffend. Der Kommissionsantrag geht dahin: Die Kammer wolle die Petition der großh. Regierung zur Kenntnignahme und geeigneten Berücksichtigung vorlegen und empfehlen, sowie gleichzeitig zu Protokoll erklären, daß nachdem es im allgemeinen

Interesse liege, die sämtlichen deutschen Spielbanken zu gleicher Zeit aufzuheben, und bereits sicherste Aussicht vorhanden sei, in Vereinbarung mit der k. preussischen Regierung diese Angelegenheit zu regeln, die Kammer nichts dagegen zu erinnern habe, daß der Spielpacht in Baden noch über das Jahr 1867 hinaus verlängert werde.

Dem Vorschlag der Kommission entsprechend, beschließt die Kammer, den Gegenstand in abgekürzter Form zu beraten.

Ministerpräsident Dr. Jolly: Wenn es sich um die Verlängerung der Spielpacht auf einige Zeit handle, so werde von Seiten der Stadt Baden jederzeit unsehbar der Einwand gemacht werden, daß dieselbe zur Zeit noch nicht in der Lage sei, die sofortige Aufhebung zu tragen zu können. Ein entscheidendes Moment aber sei der unrette Vorzug, den eine gleichzeitige Aufhebung der Badener Bank und der in den von Preußen annekirten Ländern bestehenden Spielbanken für sich habe. So lange Nassau, Homburg u. selbständige Staaten gewesen, hätte man niemals auf die Aufhebung der dortigen Banken rechnen dürfen. Jetzt aber, siehe, dieselbe unzweifelhaft bevor. Bezug nehmend auf eine desfallsige Aeußerung in der Zweiten Kammer bemerkt Redner, daß die Verlängerung für Baden noch keineswegs beschlossene Sache sei. Dieselbe hänge vielmehr von einigen Voraussetzungen ab. Sollte Preußen die Aufhebung erst nach einem längern Zeitraum eintreten lassen, so würde sich die großh. Regierung ihre freie Entscheidung hinsichtlich Badens vorbehalten. Trete die Verlängerung ein, so falle der Vortheil davon der Stadt Baden zu. Es wäre alsdann eine Gelegenheit gegeben, dieselbe zu ihrem eigenen Heil zu zwingen, indem man sie nötige, selbst etwas zu thun, um sich in den Stand zu setzen, die Spielbank leichter entbehren zu können. Es würde dies in der Art zu bewirken sein, daß man die Verlängerung an die Bedingung knüpfte, daß die Stadt Baden sich bereit erkläre, das Nothwendige in dieser Richtung zu thun.

„Geh. Rath Bluntzli: Die Kommission sei der einstimmigen Meinung, daß das Spiel aufhören müsse, und bald. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber erscheine es zweckmäßig, einen kleinen Aufschub eintreten zu lassen, anstatt in unreifer Weise vorzugehen. Bezüglich der Stadt Baden insbesondere bemerkt er, daß Selbstverwaltung nicht heiße; möglichst viel vom Staate verlangen, sondern möglichst viel selbst leisten.“

Fehr. v. Söler steht unter Bejahung auf die Worte des Hrn. Ministerpräsidenten die Veranlassung zur Verlängerung in einem andern Umstande, nämlich darin, daß für Baden noch nichts geschehen sei zum Ersatz für das Spiel. Man stehe heute vor demselben Zwiespalt wie vor vier Jahren. Ueber denselben würde nur in der Weise hinauskommen sein, daß man sage: 1) die Spielbank in Baden höre mit dem Jahr 1870 auf, gleichviel ob Preußen die in seinem Gebiete vorhandenen Banken fortbestehen lasse oder nicht; 2) die Summe, die bewilligt sei, um Baden Ersatz zu schaffen, werde der Stadt auch ausgefolgt zu beliebiger Verwendung, mit dem Bemerkten, daß damit der Staat das Seinige gethan habe.

Ministerpräsident Dr. Jolly erwidert: Wenn man aus dem Motiv, der Stadt Baden genugzutun, das Spiel verlängern wollte, so würde man es ins Endlose thun müssen. Die Verlängerung bis 1870 auszusprechen, würde nicht zweckmäßig sein, indem man sich damit eines Verhand-

meinen Dicht sagen sollen: „Es ist ein Anschlag vorhanden und den Jado ist, glaube ich, mittheilhaft.“ So hätte ich sagen sollen, ohne jenes Danksagung, das ich auf dem Gang gefunden hätte, und ohne das Danken jenes schwarzen Kleides. Wieder hat ich einen Blick auf Gretchen. Immer noch derselbe eifrig theilnehmende Ausdruck, der so gut zu dem blauen hübschen Gesicht stand; immer noch das heilige Kind, ruhend auf der weißen schuldrigen (schuldrigen) Hand.

Ich raffte mich mit Gewalt auf, um das Nötige und Vernünftige zu thun. Ich fertigte einen Boten nach der Polizei ab. Ich verließ mein Onkel, Alles aufzubieten, um ihn wieder zu seinem Eigenthum zu verhelfen. Das Frühstück stand auf dem Tisch; ich bat also meine Gäste, sich zu setzen und die fernere Besprechung des unangenehmen Ereignisses bis nach dem Frühstück zu verschieben: im ersten folgten sie mir, im zweiten aber nicht. Ich hatte mir freilich auch nicht erwartet, daß sie den Gegenstand so leicht fallen lassen würden. Er, so ein Abenteuer an einem Weihnachtsmorgen in einem ungeschneiten Landhaus zu verhandeln, war ja ein wahrer Glücksfund.

Sie trichen es auch so beschäftigt damit, daß sie nicht einmal Lady Fitzgibbon vernisten, welche nun im beglückseligten schmiegsamen Raichmir-Morgengewand, und mit den hübschsten Wangen von ihrem hübschen Ausgange, anlangte. Sie kam so hübsch herein, daß sie offenbar von dem Vorgefallenen noch nichts erfahren hatte. Kaum hatte sie Platz am Tisch genommen, so hob eine Dame neben ihr elligst an: „Haben Sie schon gehört?“

„Nichts habe ich gehört!“ antwortete sie leichtsinnig; mit dem größten Vergnügen werde ich aber etwas hören, denn ich schwachte nach Neugierde. „Doch erst“, sagte sie hinzu, „muß ich Ihnen, was recht ist, sehr sehr, indem sie die Hand in die Tasche steckte und etwas daraus hervorholte, „vergeben Sie mir, daß ich Ihnen einen kleinen Streich spielte. Ich fand dies heute morgen befehdend vor Ihrer Thüre liegen, eine artige Christbäckerei, dahin gelegt ohne Zweifel

(mit einem schelmischen Blick auf Onkel Osefius) von jenem kühnen, bewährten Sankt Nikolaus, der am Christabend zu guten Kindern kommt. Wie hübsch sagte ich zu mir, so für eine Dame, ein prächtiges Bracelet auf ihrer Schwelle wartend zu finden, wenn sie Morgens ihre Thüre aufmacht. Ja, wo hätte ich so ein Glück! Und, sag' ich's nur, theils aus Neugier, theils aus Bösheit, hob ich's auf und hob es in meinem Muff. Sie sehen aber, das Kirchengeläch hat sein Gutes; denn ich bin recht heimgekommen und nahm mir vor, Zurückzahlung zu leisten.“

Damit legte sie lachend neben Gretchen's Tasse das selbstdämliche, überaus kostbare, Armband, das wir Alle eines Abends an einem vollen vollen weissen Arm bewundert hatten, und an das ich Dich wieder denken ließ, Robert.

Gretchen's Gesicht und Rothe übergoss Purpur, fertig stieg sie das Gesicht von sich, und sagte mit halberstimmter Stimme: „Es ist nicht mein, Lady Fitzgibbon.“

„Aber meine Liebe, ich sage Ihnen, ich fand es vor Ihrer Thüre am Boden.“

Bei dem Erscheinen des Armbandes war alles Gespräch verstummt und nach Lady Fitzgibbon's wiederholter Versicherung, daß sie es vor Gretchen's Thüre gefunden habe, trat eine Lederskille im Zimmer ein. Die Dame selbst sah sich am Tisch um wie mit der Frage, was soll Das bedeuten? worauf ihre Nachbarin sich näher zu ihr bog und ihr etwas ins Ohr flüsterte. Das muntere brünette Gesicht verdußerte sich plötzlich, und Lady Fitzgibbon sah ganz betroffen aus.

(Fortsetzung folgt.)

— Aus Schleswig-Holstein, 8. Nov. (Nat.-Ztg.) Dem Vernehmen nach wird binnen kurzem auch eine Rekrutierung für die Kriegsmarine vollzogen werden. Die Mannschafte-verzeichnisse sind bereits in der Ausarbeitung. Dem Professor v. Treitschke wurde laut „Verordnungsblatt“ das Indigenat verliehen.

lungsmittels Preußen gegenüber berauben würde. In dieser Beziehung sich durch einen festgesetzten Termin zu binden, würde sich daher nicht empfehlen. Das Geld der Stadtgemeinde zu übergeben und ihr die Verwendung in der Weise zu überlassen, daß sie nicht der Bestätigung Seitens der Regierung bedürfe, gehe nicht an. Es könne im Interesse Badens noch Mancherlei geschehen, wozu außer Geld auch die Regierungsgewalt gehöre.

Nach geschlossener Berathung wird der Kommissionsantrag, sowie der vorgeschlagene Wunsch zu Protokoll einstimmig angenommen.

Frhr. v. Gayling erstattet hierauf Namens der Eisenbahnbau-Kommission mehrere Berichte über verschiedene Petitionen in Eisenbahnbau-Angelegenheiten. Dieselben sind:

1) 21 Petitionen um Fortsetzung der Kinzigthal-Bahn, bezw. Herstellung einer Freiburg-Donaueschinger Bahn durch das Breithal. Der Kommissionsantrag geht auf Ueberweisung derselben, insofern sie sich auf andere Schwarzwaldbahnen beziehen, an das Staatsministerium zur Kenntnisaufnahme.

2) 91 Petitionen, den Bau einer Hölenthal-Bahn von Freiburg über Neustadt, Obfingen und Donaueschingen betreffend. Kommissionsantrag: Ueberweisung zur Kenntnisaufnahme.

3) 11 Petitionen aus den Aemtern Billingen und Wolfach um Fortsetzung der Kinzigthal-Bahnlinie über Schramberg. Kommissionsantrag: Tagesordnung.

4) 14 Petitionen um Besetzung der Kinzigthal-Bahn-Baues und Unterführung der Lufmanterbahn. Kommissionsantrag: Ueberweisung bezüglich des zweiten Petitions zur Kenntnisaufnahme an großh. Staatsministerium.

5) 16 Petitionen um einstweilige Sistrung des Weiterbaues der Kinzigthal-Bahn von Hausach aufwärts. Kommissionsantrag: Tagesordnung.

Am Schluß des Berichts ist erklärt, daß die Kommission mit ihren Anträgen in Bezug auf obige fünf Gesuche sich den Beschlüssen der Zweiten Kammer anschließen. Ihr schriftlicher Gesamtantrag geht dahin: diesen Beschlüssen unverändert beizustimmen.

Nach erfolgter Annahme desselben berichtet Frhr. v. Gayling ferner über eine Petition der Stadt Mühlheim für sich und im Namen von 64 Gemeinden der Aemter Mühlheim, Stausen, Lörrach, Schönau und Schopfheim, die Eisenbahn-Verbindung zwischen Mühlheim und Mühlhausen betreffend. Der Antrag der Kommission geht dahin: Die Kammer wolle für den Fall, daß eine angeblich beabsichtigte Verbindungslinie zwischen Mühlheim und Leopoldshöhe, oder die Freiburg-Breisacher Bahn mit Anschluß an die französische Bahn bei Colmar unangeführt bleibe, die Petition der Regierung zur Kenntnisaufnahme empfehlen. Derselbe wird angenommen.

Derselbe Abgeordnete erstattet Bericht über eine Bitte des Gemeinderaths und engern Ausschusses der Stadt Eberbach, die Erbauung einer Eisenbahn zur Herstellung ihrer Verbindung mit der Odenwald-Bahn auf Staatskosten, oder eventuelle Zinsengarantie-Befreiung betreffend. Die Kommission beantragt: Die Petition der Stadtgemeinde Eberbach um Erbauung einer Eisenbahn von da nach Neckar-Gemünd auf Staatskosten, eventuell Gewährung der Zinsgarantie, der großh. Regierung zur geeigneten Berücksichtigung zu empfehlen. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Nachdem hiermit sämtliche Gegenstände der Tagesordnung erledigt sind, ergreift Prälat Holzmann das Wort, um die Aufmerksamkeit des Hauses auf die dringliche Nothwendigkeit finanzieller Besserstellung der Volksschullehrer hinzuweisen. Er führt aus, wie niederdrückend es für diesen gebrüchelten Stand sein muß, die durchgreifende Verbesserung seines Looses, auf die er so gegründeten Anspruch habe und die ihm bereits so nahe gerückt gewesen sei, durch die Dazwischenkunft der kriegerischen Ereignisse dieses Sommers wieder auf's neue hinausgeschoben zu sehen. Er erinnert an die Erklärung, welche die Regierung in der Zweiten Kammer über die Art und Weise abgegeben, wie wenigstens dem nächsten, dringendsten Bedürfnisse auf dem Wege eines Administrativkredits abzuhelfen sein würde, und wünscht, daß von Seiten dieses Hauses eine ähnliche entgegenkommende Aushilfe ergehe, wie damals von Seiten des andern Hauses ergangen sei.

Ministerialpräsident Dr. Solly ergreift gern den gebotenen Anlaß, sich auch hier über diesen Gegenstand auszusprechen. Zunächst müsse er wiederholen, daß das Schulgesetz so, wie es vorgelegt, zunächst nicht auszuführen sei. Nachdem das ordentliche Jahresbudget mit einer jährlichen Weiterausgabe von einer halben Million habe belastet werden müssen, gehe es nicht füglich an, es sofort noch mit einer weiteren von einer Viertelmillion, wie sie für obigen Zweck erforderlich sein würde, zu belasten. Eine Lehrdeputation, welcher die Sachlage dargelegt worden, habe die Unthunlichkeit selbst zugeben müssen. Man habe das Geld für die Kriegsführung ausgegeben und habe es daher nicht für die Aufbesserung der Schullehrer-Gehalte. Gleichwohl liege die Nothwendigkeit am Tage, Etwas zu thun, und es liege daher für die Regierung die Verpflichtung vor, irgendwelche Quellen zu diesem Behuf ausfindig zu machen. Dieselbe sei daher entschlossen, sich durch einen 1867 zu realisirenden Administrativkredit die Mittel zu verschaffen, welche disponibel sind, um das niedrigste wirkliche Einkommen eines Lehrers auf 325 fl., ja vielleicht, wie er hoffe, aber nicht bestimmt versprechen könne, auf 350 fl. erhöhen zu können. (Das wirkliche Einkommen umfaßt außer dem Gehalt d. n. gesamteten, nach seinem wahren und nicht wie bisher weit unter ihrem Werth zu schätzenden Naturalbezug und das Schulgeld, so daß nur die freie Wohnung nicht mit darunter begriffen ist.) Die Regierung werde erfreut sein, wenn ihr auch von diesem Hause die befallsige Ermächtigung erteilt werde. Im Einzelnen müsse die Regierung übrigens freie Hand haben und könne die bezügliche Aushilfe der Kammer nicht für ein Gesetz ansehen. Es werde aber eine Erleichterung für sie sein, wenn das Haus eine derartige Erklärung abgebe.

Artaria und Frhr. v. Göler erklären sich in entsprechendem Sinne.

Geh. Rath Bluntzli konstatirt, daß es in dieser Sache nur eine Meinung im Hause gebe.

Es wird hierauf die Erziehung für den ausgetretenen Grafen v. Berlichingen als Mitglied des ständischen Ausschusses vorgenommen. Derselbe fällt mit 9 Stimmen auf Frhrn. v. Göler, worauf die Vertagung der Kammer und der Schluß der Sitzung in der bereits mitgetheilten Weise erfolgt.

Deutschland.

München, 9. Nov. Das Militär-Berordnungsblatt Nr. 63 enthält folgenden Armeebefehl, d. d. Hohen-Schwangau, 7. Nov.:

Ich entbehe hiermit Meinen vielgeliebten Großvater, Sr. Königl. Hoheit den Prinzen Karl von Bayern, unter rühmlicher und dankender Anerkennung seiner dem Thron und Vaterland geleisteten Dienste mit innigem Bedauern von der Stelle eines Feldmarschalls, nachdem Ich vergeblich versucht habe, Höchstselben von der beabsichtigten Niederlegung des Feldmarschall-Stabs zurückzuführen. Ich entbehe ferner unter gleich schmerzlichen Bedauern Sr. Königl. Hoheit Meinen vielgeliebten Großvater, Höchstselben Bute entsprechend, von der Stelle des Generalinspektors der Armee und von seinen beiden Regimentsinspektoren, verordne aber zugleich, daß Mein erstes Kürassierregiment und Mein drittes Infanterieregiment zum Andenken an die zwischen ihnen und Sr. Königl. Hoheit bestandenen Beziehungen, sowie zum steten Gedächtniß der hohen Bedenke Höchstselben für alle Zeiten den Namen „Prinz Karl von Bayern“ führen sollen. Zudem Ich Meinem Heere, welches seit mehr als einem halben Jahrhundert in Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Karl von Bayern ein leuchtendes Vorbild der Tapferkeit und aller militärischen Tugenden vereint, Höchstselben Auscheiden aus seinen militärischen Würden und Regimentsinspektoren bekannt gebe, wird das Heer, Ich bin dessen gewiß, durch feste Bewahrung der höchsten Achtung des Soldaten, des Raths, der Mannszucht, der Ehre und Treue, sich auch fernerhin die Sympathien, von welchen Sr. Königl. Hoheit zu allen Zeiten für Mein Heer, und dessen Wohl bestellt waren, zu erhalten streben und sich seines, wenn auch ausgeschiedenen, doch im theuern Andenken fortlebenden Feldmarschalls stets und in jeder Beziehung würdig bewahren. — Ludw. v. G. Frhr. v. Brandt.

Darmstadt, 7. Nov. Unter den Dienstaufträgen des heute erschienenen Regierungsblattes befinden sich auch die, daß der Großherzog den vortragenden Rath in dem Ministerium des großh. Hauses und des Aeußern, Geh. Legationsrath Hofmann, zum außerord. Gesandten und bevollm. Minister am preussischen Hofe ernannt und den zu der vorzmaligen deutschen Bundesversammlung abgeordneten außerord. Gesandten und bevollm. Minister, Geh. Legationsrath v. Bieleben, unter Bezugsziehung aller vollen Zufriedenheit mit seinen bisher geleisteten treuen und eifrigen Diensten, ferner den Kammerherren und Oberstleutnant à la suite der Reiterei, Frhrn. Franz v. Wamboldt zu Umstadt, in seiner Eigenschaft als außerord. Gesandter und bevollm. Minister am preussischen Hofe, in den Ruhestand versetzt hat.

Weisenheim, 6. Nov. (Pr. Bz.) Gestern trafen Geh. Rath Ribbeck und Legationsrath v. Bülow aus Berlin hier ein, um den diesseitigen Oberamtsbezirk, welcher als Bestandtheil des vormaligen Landgrafenstums Hessen-Homburg durch den Friedensvertrag von Hefen-Darmstadt an Preußen abgetreten ist, für die Krone Preußen zu übernehmen. Die ganze Stadt prangte im Schmuck schwarzwäisser Fahnen.

Fulda, 6. Nov. (Fr. Z.) Die von Preußen erworbenen bayrischen Gebietsstücke, welche an Kurhessen grenzen, sind noch nicht in Besitz genommen, obgleich dem mit Bayern abgeschlossenen Friedensvertrag gemäß die Uebernahme vier Wochen nach dem Friedensabschlusse erfolgen sollte.

Kassel, 8. Nov. (Fr. Z.) Die Direktion der Verwaltung, welche seitdem dem Oberhofmarschallamt oblag, ist neu gebildet. Die bisherigen Mitglieder: Oberhofmarschall v. Meerlingen, Oberjägermeister v. Baumach und einsteilen der Geh. Hofrath Vogel verbleiben im Amte, und es tritt nur als neues Mitglied der Geh. Oberfinanzrath Koch hinzu, während der Oberstallmeister v. Schwege und der Oberkrent v. Dörnberg ausgeschieden.

Dresden, 8. Nov. Dem „Dresd. Journ.“ zufolge hat Sachsen bereits fünf Millionen Thaler Kriegskosten gegen den vertragmäßigen Distrikt in Berlin eingezahlt.

Hannover, 7. Nov. (Nat.-Bz.) Von den acht Ritter-schaften des Landes waren heute hier 130—140 Mitglieder zu einer Berathung über die der Einverleibung gegenüber einzunehmende Haltung zusammengetreten. Ueber die zu ergreifenden Maßnahmen gingen die Meinungen weit auseinander. Die Vorschläge, Eingaben an Sr. Maj. den König oder an die königl. Regierung zu machen, oder einen Protest zu erlassen, wurden abgelehnt oder zurückgezogen, und nach mehrstündiger Debatte beschloß, in einer Ansprache an die Bevölkerung die Anschauungen dieser Versammlung darzulegen. Diese gehen etwa dahin: Da man sich der Gewalt der Umstände fügen müsse, vertraue man auf die Verheißung, daß die besondern Institutionen des Landes soweit als möglich gewahrt werden würden. Die erforderlichen Abänderungen der Organisation des Landes können aber nicht mit dem Beirath einer Versammlung von Vertrauensmännern vorgenommen werden, sondern es sei dazu nothwendig die Mitwirkung der Ständeversammlung, bezw. der Provinzial-Landschaften. Durch die Okkupation und die Inkorporation sei das öffentliche Recht Hannovers nicht beeinträchtigt, vielmehr müsse man annehmen, daß Ständeversammlung und Provinzial-Landschaften nach wie vor ihre gesetzliche Wirksamkeit zu entwickeln hätten. Da nun bereits damit begonnen sei, das Justizdepartement aufzulösen, eine neue Wehrverfassung einzuführen, in dem Post- und Eisenbahnwesen Änderungen zu treffen, Maßnahmen, die bisher ohne ständische Mitwirkung nicht vor sich gehen konnten, so sei es dringend geboten, die Ständeversammlung zu beschleunigen zu

berufen, um mit ihr die erforderlichen Veränderungen festzustellen. — Der bisherige Generalsekretär des Justizministeriums, Franken, und der Obergerichtsrath Ende sind beauftragt, die Gesetzentwürfe, welche unter Kriminalrecht in das preussische überleiten sollen, auszuarbeiten.

Bremen, 7. Nov. (Nat.-Bz.) Wieder haben wir Ursache, uns der Einverleibung Hannovers in Preußen zu freuen: die Errichtung einer Zollabfertigungs-Station in Bremerhaven, welche die Besseregierung wegen ihres krankelnden Schöpfkindes Gesehmünde hartnäckig verweigerte, ist von Preußen ohne Anstand bewilligt worden. Der preussische Ober-Regierungsrath Sabarth und der hiesige Senator Dr. Kottmeier haben am 28. und 29. Sept. die nöthigen Anordnungen gemeinschaftlich festgestellt, wozu nun der Senat die Genehmigung der Bürgerschaft einholte. — Der Senat publizirt heute den Bännikvertrag der um Preußen gescharten norddeutschen Staaten und das Reichstags-Wahlgesetz. — Am 15. Nov. soll die öffentliche Konstituierung der ersten deutschen Nordsee-Fischer-Gesellschaft, Wahl des Vorstandes und Schluß der Aktienzeichnung erfolgen.

Aus Schleswig-Holstein, 7. Nov. (Nat.-Bz.) Eine heute publizirte Anordnung des Regierungspräsidenten für Schleswig, Frhrn. v. Zedlitz, betrifft die Sistrung der älteren Verfügungen in Betreff außerordentlicher Ansammlungen, indem ausdrücklich auf die Wiederherstellung des Friedensfußes aufmerksam gemacht wird. Die schleswig-holsteinischen Volkshörden sind angewiesen, nur dann blauweiß-rothe Fahnen zu führen, wenn sie in Verbindung mit einer schwarzweißen Fahne oder mit einer daran befestigten schwarzweißen Schleife zum Vorschein kommen. Schwarzrothgelbe Fahnen sind dagegen überhaupt unzulässig. — In sämtlichen Landeskirchen wird am Sonntag das Friedensfest gefeiert werden. — Die „Sonderborg Nois“ konstatirt unter Hindeutung auf das Abgehen zahlreicher Dienstpflichtigen von der Insel Alsen: und aus dem Sundewitt nach Dänemark in ansehnlicher offizieller Form, daß der Wiesener Friedensvertrag von 1864 nur diejenigen Schleswiger von der preussischen Wehrpflicht befreit, welche Dänemark als bindendes Domizil wählen.

Kiel, 8. Nov. (Fr. Z.) Die Anwesenheit des Oberpräsidenten Scheel-Blessen in Berlin hat auf die dänischen Agitationen in Nordschleswig Bezug, welche Maßregeln nöthig machen. Die Abstimmung wird jedenfalls verschoben. — Demnächst wird eine das Krieg für die Parlamentswahlen betreffende Votivkarte des Königs erwartet.

Berlin, 8. Nov. Das in Preußen bereits publizirte Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes wird in den neuerworbenen Landestheilen durch königl. Verordnung zur Geltung gebracht. Wie verlautet, steht für die bereits einverleibten Länder und für Schleswig-Holstein eine betreffende gemeinsame Verordnung zu erwarten. Für das Herzogthum Lauenburg erfolgt auf Grund der Vereinbarung mit den dortigen Ständen eine besondere Verordnungsung. — Die jetzige Anwesenheit des Oberpräsidenten v. Scheel-Blessen in Berlin steht einerseits mit den Militärangelegenheiten der Elberzoghämmer, andererseits mit den Vorbereitungen zur Ueberleitung des schleswig-holsteinischen Administrations- und Gehörgebietswesens in den preussischen Verfassungs- und Verwaltungsorganismus in Zusammenhang. Die Gerichte von der angeblich nahe bevorstehenden Herstellung einer selbständigen Zivilverwaltung für Hannover entbehren der Begründung. Der Generalgouverneur behält vorerst auch noch die höchste Zivilgewalt in Händen, hat aber selbst schon der Zivilverwaltung eine gewisse Unabhängigkeit eingeräumt. — Den Vernehmen nach ist die königl. Regierung mit den Vorarbeiten zu einem Gesetz beschäftigt, welches der Weilverfälschung steuern soll.

Berlin, 9. Nov. Die „Nordd. Allg. Bz.“ schreibt: Nachdem das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes in der preussischen Gesetzsammlung publizirt ist, erübrigt es, die Einführung desselben in den inzwischen einverleibten Provinzen zu bewirken. Es muß dies auf Grund einer besonders allerhöchsten Verordnungsung und nach dem in jedem der Landestheile bestehenden Publikationsmodus geschehen. Die bezügliche allerhöchste Verordnungsung dürfte für alle bereits einverleibten Länder, sowie für Schleswig-Holstein zusammen erfolgen. Für Lauenburg ist ein besonderer legislativer Akt unter Zustimmung der dortigen Stände erforderlich.

Der „Elberfeld. Bz.“ wird aus Berlin gemeldet: Heute hat sich hier das (liberale) Central-Wahlkomitee für das Parlament (norddeutschen Reichstag) konstituirte. Das Programm desselben verlangt für Preußen volle Gewalt der Regierung über die Armee, die Diplomatie, die Zölle, den Handel und sämtliche Verkehrsinteressen, für das Parlament entscheidende Verfügungen bei dem Budget, der Gesetzgebung, ferner deutsches Bürgerrecht, für die Einzelstaaten Selbstverwaltung.

Berlin, 9. Nov. Die „Kreuz-Bz.“ fährt auch heute fort, sich für die Vereinigung des „ganzen Deutschlands“ auszusprechen. Nur dürfe der Süden nicht länger davon absehen, daß man den günstigen Moment, in welchem Preußen auf so leichte Bedingungen für das Bündniß antrug, ungenutzt hat verstreichen lassen; daß gegenwärtig Preußen im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit, keiner andern deutschen Macht eine gleichberechtigte Stelle neben sich in dem Bunde einräumen kann und darf; daß beim Anschluß an das Bündniß der Süden weitaus mehr der empfangende als der gewährende Theil sein wird. Das genannte Blatt sagt weiter:

So lange nicht einerseits die Machtstellung Preußens unumwunden und neidlos gewürdigt und andererseits das Urtheil über den Nachzuzug, den man selbst dem norddeutschen Bunde zuschreibt, auf ein richtiges Maß herabgemindert wird, — so lange werden und können etwaige Unterhandlungen nicht zum Ziel führen. Preußen muß und wird seine Stellung auch in einem Bunde, der das ganze Deutschland umfassen soll, nach bestimmt gegebenen Nothwendigkeiten einnehmen und behaupten, — das ist die unwandelbare Vorbedingung.

Wir sind hier bereit, ja wir wünschen, daß die deutschen Südstaaten sich an uns anschließen, nachdem der norddeutsche Bund sich nicht gescheit haben. Aber wir wissen doch, daß wir da als Verbündete mehr zubeitragen als empfangen werden. Und in dieser Weise sollte man das gegenseitige Verhältnis auffassen. Nicht, daß wir Unbilliges vom Süden verlangen wollten — aber das Nothwendige ist hier das Billige, und so könnte die Vereinigung leicht sein bei klarer Einsicht und gutem Willen auf beiden Seiten. Das sagen wir auch dem „großdeutschen Kongreß“, der am 11. Nov. in Stuttgart zusammentreten will. Zwar er will jetzt von uns nichts wissen; indessen man wird auch in den Kreisen bald anders urtheilen.

Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat sich übrigens plötzlich eines Andern besonnen und zollt den Bestrebungen der nationalen Partei in den süddeutschen Kammern warme Anerkennung. Nur sollen sie sich nicht fürchten, daß, wenn die Vereinigung mit dem Norden sich nicht sofort vollziehe, dann im Süden ein neuer Rheinbund entstehen könne; die Macht des Nationalitätsprinzips birge dafür, daß ein solcher sich nicht wiederholen werde. Wenn politische Erwägungen einen engen Anschluß an Norddeutschland für den Augenblick im Interesse Süddeutschlands selbst verzögern möchten, so könne derselbe immerhin nur „eine Frage der Zeit“ sein. Das Blatt sagt am Schluß:

„Die patriotischen Männer Bayerns und Badens mögen in ihrer wahrhaft deutschen Haltung selbst, die wir, von allen sonstigen Differenzen abgesehen, aufrichtig anerkennen, die beste Bürgschaft gegen die Unmöglichkeit der Wiederkehr der Zustände von 1806 finden. Sie mögen gerade in dem Umstand, daß die Regierung Preußens, dessen Herrscher gelobte, keinen Fuß breit deutschen Landes abtreten zu lassen, mit der engern Vereinigung in dem Süden noch zögern kann, die gewöhnliche Bürgschaft erblicken, daß diesmal keine Gefahr im Verzug ist.“

Der „Hamb. Börshalle“ wird von hier geschrieben: „Schon seit der Rückkehr des Königs Johann nach Sachsen erzählt man hier von dessen beabsichtigtem Besuch am preussischen Hof; diese bisher bezweifelte Nachricht tritt jetzt mit immer größerer Bestimmtheit auch in unterrichteten Kreisen auf, und man will wissen, der Besuch stehe in nächster Zeit bevor. Wie es heißt, soll es sich dabei um Verhandlungen über das norddeutsche Parlament handeln; richtiger ist wohl die Angabe, der König Johann beabsichtige unmittelbare Verhandlungen mit König Wilhelm über die noch offenen Fragen in dem Friedensvertrag, über das Arrangement der militärischen und diplomatischen Verhältnisse Sachsens.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 8. Nov. (Mürn. Korr.) Bis zum 17. d. M. als dem Eröffnungstage sämtlicher Landtage der Monarchie (mit Ausnahme des siebenbürgischen), dürfte bei uns nichts Thatsächliches im Gebiete unserer staatsrechtlichen Verhältnisse an das Tageslicht treten. Einstweilen beschränken sich unsere Ministerien darauf, der Reihe nach Programme über die in ihren verschiedenen Fächern einzuschlagende Richtung zu veröffentlichen. Nachdem auf diese Weise schon drei Ministerien, das des Auswärtigen, des Krieges und der Finanzen, sich ausgesprochen, erwartet man nun auch die Stimmen jener der Justiz, des Handels und vielleicht selbst des Staatsministers zu hören. Von den bereits erschienenen Aeußerungen hat jene des Kriegsministers, die eine umfassende Heeresumgestaltung verspricht und die Einführung allgemeiner Wehrpflicht in Aussicht stellt, der meisten Zustimmung sich zu erfreuen. Man findet, daß die zu erwartende Reorganisation auf liberalen Grundsätzen beruht und die Wehrkraft der Monarchie bedeutend zu erhöhen geeignet ist, ohne daß der Staatsschatz im Verhältnis höher belastet würde. Weniger beliebt ist das gestern erschienene Finanzprogramm. Obwohl die Leitung des österreichischen Finanzwesens sich bemüht, unsere Lage in etwas freundlicherem Lichte darzustellen, und die Versicherung ertheilt, daß weder die Staatsnoten über die vorgeschriebene Grenze vermehrt, noch neue Anleihen gefordert, noch auch die Steuern erhöht werden würden, so sucht man doch vergeblich eine klare Auseinandersetzung, durch welche Mittel das aronisch gewordene Uebel des Defizits gehoben werden soll. Vielmehr ergibt sich, daß auch noch im Jahr 1867 das Budget der Ausgaben jenes der Einnahmen übersteigen wird, und die am Schluß gegebene Versicherung, „daß der Staatvoranschlag für das Jahr 1867, weit entfernt, dem Bestimmungsgegründete Anhaltspunkt zu gewähren, eine entschiedene Wendung zum Besseren nicht verkennen lassen werde“, ist nicht sehr geeignet, zu trösten, da dergleichen Verheißungen nur schon gar zu oft unerfüllt blieben und zuletzt bei dem h. h. h. Willen, Umstände halber, nicht zu erfüllen waren. Uebrigens ist aus mehreren Andeutungen zu schließen, daß uns die Einführung einer Kopfsteuer auf Pferde, Equipagen, Klaviere, Fenster etc. bevorsteht. — Hr. v. e. u. f. ist seit seiner Inthronisation im Hotel des Auswärtigen vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden in seinem Bureau beschäftigt und konferirt auch fleißig mit dem Grafen Belcredi und dem Hr. v. Majlath, welcher letzterer gestern nach Pest abgereist ist. Die ungarischen Angelegenheiten sollen in diesem Augenblick die drei Staatsmänner zumeist beschäftigen. — In Ungarn scheint momentan ein Umschwung in der Stimmung zum Besseren eingetreten zu sein. Wenigstens mag dies bei der Deal-Partei der Fall sein. Man beginnt dort die Absichten der Regierung etwas günstiger für die ungarischen Wünsche anzusehen. Vorzüglich schmeichelt man sich damit, daß die Steuern fernerehin unabhängig von den Organen der Wiener Zentralregierung werden eingehoben, und daß die Rekrutenstellung und einige andere Militärangelegenheiten in Ungarn selbst verwaltet werden würden; womit eine Art ungarischer Minister für Finanzen und Krieg verbunden wäre.

Frankreich.

Paris, 9. Okt. Die amerikanische Sensationsnachricht von Abdankung des Kaisers Maximilian bestätigt sich nicht. Eine Depesche des Generals Castellau an die französische Regierung besagt im Gegentheil, daß, was sich immerhin ereignet habe, der Kaiser auszuweichen entschlossen sei. Bereits unter dem 10. Okt. erklärte der Kaiser, daß er, obwohl in seinem theuersten Schmerz betroffen, dennoch den Posten nicht verlassen werde, wo das Vertrauen des meri-

tanischen Volkes ihn hinstelle.“ — Dem „Mém. diplom.“ zufolge wäre die französische Regierung entschlossen, dem Papst auch nach Abzug ihrer Truppen sowohl als Oberhaupt der Kirche, als auch als Souverän wirksamen Schutz zu verleihen. Die beabsichtigten, aus der Ausführung der September-Konvention entspringenden Eventualitäten ins Auge zu fassen und dieselben zum Gegenstand einer Vereinbarung zwischen Italien und Frankreich zu machen, sei die Mission des General Fleury. — Derselben Wochenschrift zufolge wird der bei der italienischen Regierung von der spanischen Regierung gestellte Antrag auf Herausgabe des Privateigentums der Dynastien der beiden Sizilien und Parma von Russland und Frankreich nachdrücklich unterstützt. — Vor seiner Abreise nach Compiegne wird der Kaiser, um jede Reibung zwischen dem ohnedem eifersüchtigen Korps zu beseitigen, auch eine Revue über die Linientruppen der Armee von Paris abhalten. — Hr. Benedetti reist nächste Woche nach Berlin ab; die auf Urlaub abwesenden Diplomaten wurden durch Hr. v. Moustier eingelenkt, auf ihre Posten zurückzuführen. — Mehrere offizielle Personen haben eine Denkschrift an den Kaiser gerichtet über die Nothwendigkeit, der Jugend die administrative Laufbahn zugänglicher zu machen. — Börsen sehr fest. Bei dem beschränkten Markt ist es leicht, das Decouvert zu rückkäufen zu zwingen. Rente 69.12 1/2, Cred. mob. 61.75, ital. Anl. 55.80.

Paris, 9. Nov. Der „Moniteur“ erklärt in Bezug auf die von englischen Blättern gemeldete Kriegserklärung, die Admiral Roze im Namen Frankreichs dem König von Korea hätte zugehen lassen, daß die kaiserl. Regierung noch unvollständig über die Hinrichtung verschiedener französischer Missionäre unterrichtet ist und deshalb bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen hat. Admiral Roze, der die französische Seemacht in den chinesischen Gewässern befehligt, ist abgegangen, um eine Rekognosirung der schwer zugänglichen Küste von Korea vorzunehmen und über den eigentlichen Sachverhalt nähere Erkundigungen einzuziehen. — Die „Patrie“ glaubt zu wissen, daß die Abreise des Kaisers und der Kaiserin nach Compiegne am nächsten Dienstag vor sich gehen wird. Der kaiserl. Prinz begleitet seine Eltern. — Wie die „France“ meldet, wird Montag die dritte Sitzung der Armeeorganisations-Kommission stattfinden. Man glaubt, daß in dieser Sitzung das definitive Projekt der Rekrutierung in der Form angenommen werden wird, in der es den Kammern vorgelegt werden soll. Es scheint übrigens, daß alle Mitglieder der Kommission über die Hauptgrundlage bereits einig sind. Wenn diese Grundlagen ganz festgestellt sind, so ist es wahrscheinlich, daß andere Kommissionen, aus Fachmännern bestehend, damit beauftragt werden, Detailprojekte in Betreff der Reorganisation der Armee auszuarbeiten, einer Reorganisation, die heutzutage als unerlässlich anerkannt worden ist.

General Fleury wird, wie die „France“ meldet, ganz binnen kurzem nach Italien, und zwar direkt nach Florenz gehen.

Die „Opin. nation.“ hat eine offizielle Mittheilung erhalten, in welcher in offizieller Weise ihre neuliche Nachrichten in Betreff der Anordnungen, die in der römischen Legion bei Uebergabe der päpstlichen Fahne vorgekommen sein sollten, widerlegt werden. Es heißt darin: „Es ist nicht nöthig, hinzuzufügen, daß keine der seit Uebergabe der Fahne an die römische Legion eingegangenen Korrespondenzen der allerleichtesten Aufregung Erwähnung thut, welche diese Zeremonie begleitet hätte.“

Die „Liberté“ veröffentlicht den bereits erwähnten Tagesbefehl des amerikanischen Generals Sheridan, der die mexikanische Angelegenheit. Er ist an General Segwick, der an Rio Grande kommandirt, gerichtet, und empfiehlt demselben an, „der einzigen Regierung in Mexiko, welche von der Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt ist, und welche auch allein in der Wirklichkeit gut gegen uns gestimmt ist, die herzlichste Unterstützung zu Theil werden zu lassen.“ Es sollen alle alte Anhänger irgend einer Partei oder angehängen Regierung in Mexiko und Tamaulipas benachrichtigt werden, daß man keine Verletzung der Neutralität, welche zwischen der liberalen Regierung Mexikos und der der Vereinigten Staaten besteht, bilden, und denselben nicht gestatten werde, auf dem nordamerikanischen Gebiet sich aufzuhalten, um Pläne gegen die Regierung des von den Vereinigten Staaten anerkannten Präsidenten Don Benito Juarez zur Ausführung zu bringen. Die Imperialisten werden in dem Tagesbefehl „kaiserliche Plübe“ genannt, die sich mit dem Namen einer kaiserl. Regierung von Mexiko brüsten, die Anhänger von Ortega, Santa Anna u. A. als „Faktionen“ bezeichnet.

Türkei.

Kanea, 29. Okt. Unter vorstehendem Datum bringt der „Pariser Moniteur“ einen Bericht über die Ereignisse, welche vom 21. Okt. an auf der Insel Kandia stattgefunden haben. Mustapha-Pascha war nach dem ersten Gefechten gegen Sphakia weiter vorgezogen und stieß am 24. auf die sämtlichen Streitkräfte der Insurgenten, die in äußerst starken Stellungen einerseits zwischen Brissa und Vase und andererseits gegen Apoforona und Prosnoro zu sich befanden. Die Truppen wurden in zwei Kolonnen getheilt; die eine, aus vier türkischen Bataillonen und einem Regiment albanischer Redifs gebildet, ging, unter dem Befehl von Mustapha-Pascha selbst, im Aufschrit von Vamos nach Brissa vor. Sie erlitterte mit Ungestüm die Höhen, nahm Vase im Sturm, und warf die Griechen in einen engen, tiefen Hohlweg. Diese verloren 500 Mann an Todten und Verwundeten und 600 Gefangene, worunter zwei hellenische Offiziere. Der Verlust der Türken war, Dank dem Nachdruck und der Schnelligkeit ihres Angriffs, wenig bedeutend. Sie hatten ungefähr 20 Todte und 50 Verwundete. Die andere, aus ägyptischen Truppen bestehende Kolonne marschirte unter Ismail Pascha, der von seiner Wunde beinahe gänzlich wieder hergestellt ist, auf Prosnoro, das sie nach einem hitzigen und mörderischen Gefecht wegnahm. Auch dort wurden die Griechen mit schwe-

rem Verlust und mit Hinterlassung zahlreicher Gefangenen in die Flucht geschlagen. Die Ägypter mußten übrigens diesen entscheidenden Erfolg theuer erkaufen. Von diesem Augenblick an stieg der Vormarsch Mustapha's nirgends mehr auf ernstliche Hindernisse. Am 25. machte er sich zum Herrn des ganzen Bezirks von Apoforona, am 26. langte er vor Sphakia an. Ueberall kam ihm die Bevölkerung entgegen und bat um Gnade. Am 27. stellten sich die Sphakioten ein, deren sämtliche Häuptlinge sich unterwarfen. Im Laufe des 27. und 28. besetzte der Generalkommissär des Sultans den Bezirk Sphakia und ließ das Land von fliegenden Kolonnen durchstreifen, welche alle noch nicht unterworfenen Insurgenten zu Gefangenen machten. In Kanea hat die Nachricht von der glücklichen Beendigung des Aufstandes unter der muselmännischen wie unter der christlichen Bevölkerung eine große Befriedigung hervorgerufen.

Amerika.

Neu-York, 31. Okt. (Per „Scotia“.) Der Gouverneur von Süd-Carolina hat sich geweigert, der Legislatur des Staats die Annahme des Amendements zur Verfassung anzuempfehlen. Es geht das Gerücht, der Gouverneur von Louisiana werde von neuem den konstitutionellen Konvent von 1864 einberufen, da die hauptsächlichsten Mitglieder dieses Konvents ihn versichert hätten, daß er, wenn es nöthig wäre, mit Gewalt unterstützt würde. Der Staatsminister Seward hat an den englischen Gesandten Sir Friedrich Bruce ein Schreiben gerichtet, worin er sagt, daß die von den fernischen Gefangenen in Kanada begangenen Vergehen einen rein politischen Charakter hätten, und eine Amnestie anempfehle.

Neu-York, 8. Nov. Die radikale Partei hat in allen Wahlen, mit Ausnahme derer von Maryland und Delaware, den Sieg davongetragen.

Baden.

Heidelberg, 6. Nov. Die hiesige landwirtschaftliche Winterhülfe, welche im Herbst 1864 von großh. Handeiministerium errichtet wurde, hat gestern ihren Unterricht wieder begonnen. Die Wiedereröffnung derselben geschah durch Hr. Regierungsrath Dr. Rau von Karlsruhe, welcher feierlich das gesammte Lehrpersonal, der Vorstand des landwirthschaftl. Bezirksvereins Heidelberg, die Schüler, sowie deren Eltern bewohnten. Daß diese Anstalt bereits tiefgehende Wurzeln in der landbaureisenden Bevölkerung geschlagen hat, davon ließe sich der wiederholte starke Besuch im laufenden Halbjahr den klaren Beweisen. Während nämlich die Zahl der Schüler im ersten Winter 23 und im Winter 1865-66 40 betrug, haben sich dieses Jahr trotz der unglücklichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse 50 junge Leute eingeschrieben. Derselben vertheilen sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt: Bezirk Vorberg 3, Buchen 1, Donaueschingen 1, Eppingen 1, Freiburg 1, Heidelberg 12, Mannheim 1, Mosbach 6, Schwetzingen 6, Sinsheim 10, Willingen 1, Weibheim 1, Wiesloch 1, Königreich Württemberg 5.

Bermischte Nachrichten.

Baden, 8. Nov. J. Maj. die Königin von Preußen ist nach wöchentlichem Aufenthalt heute um 12 Uhr abgereist, nachdem sie von den Spitzen der Behörden, den anwesenden Gesandten, und vielen Fremden und Einheimischen bis zum Bahnhof begleitet worden war.

München, 8. Nov. (Bayr. Ztg.) In Folge Verspätung des gestern Abend in Passau abgegangenen sächsischen Militärzuges stieß heute Morgen 2 Uhr der eben daker kommende Kurierzug nächst Geiseltal auf denselben. Die beiden hinteren Wagen des Militärzuges wurden stark beschädigt und leider verlor ein Bediensteter hierbei sein Leben, während ein Soldat den Fuß brach. Es wurde sofort strengste Untersuchung zur Ermittlung des Schuldigen eingeleitet.

Aus Rassa, 2. Nov. (Fr. Z.) Auf Verfügung des Zivilkommissärs in Wiesbaden sind die Lokalbeamten angewiesen worden, bei Gesuchen um Konzeption zum Schenk- und Wirtschaftsbetrieb die strengste Prüfung der Bedürfnisfrage einzutreten zu lassen, um hierdurch den Debit des auf die unteren Volksschichten so verberlich wirkenden Branntweins zu beschränken. Das zur Erreichung dieses Zweckes geeignete Mittel soll in der Konzeptionierung von wirtschaftlichen und gut eingerichteten Gastwirtschaften und in der Gründung von Wirtschaften zum Ausschank von solchen geistigen Getränken gefunden werden, welche, wie Wein, Bier, Kaffee etc., auf die Gesundheit und in anderer Beziehung keinen nachtheiligen Einfluß üben. In den ländlichen Ortschaften soll auf je 300 Seelen höchstens nur eine Schenkwirtschaft konzeptionirt werden, und wenn gute Gastwirtschaften, oder Wein-, Bier- und Kaffeewirtschaften vorhanden sind, daselbst gar keine Branntweinschenke gestattet, und in den Städten auf deren mögliche Verminderung Bedacht genommen werden.

Männer-Hilfsverein.

zur Unterstützung der durch den Krieg dauernd arbeitsunfähig gewordenen badischen Krieger und der untermittelten Hinterlassenen der Gefallenen.

Bis heute sind weiter eingegangen: Vom Bezirksamt Schopfheim 30 fl. Vom Bezirksverein Karlsruhe laut Tagblatt Nr. 303 13 fl. Durch Hr. Mayer Gottschalk in Schopfheim vom Schopfheimer Unterstützungsverein 131 fl. 3 kr. Vom Bezirksverein Karlsruhe laut Tagblatt Nr. 309 45 fl. Zusammen 219 fl. 3 kr. Hierzu früher eingegangen laut „Karlsruher Zeitung“ vom 28. Okt., Nr. 257 3272 fl. 31 kr. Im Ganzen bis heute 3491 fl. 34 kr.

Weitere Gaben werden dankbar entgegengenommen. Sämmtliche badische Blätter werden um Aufnahme dieser Veröffentlichung ersucht.

Karlsruhe, 10. November 1866.

Die Hauptkassa des Männer-Hilfsvereins.

Ch. Koelle.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 11. Nov. 4. Quartal. 120. Abonnementsvorstellung. Oberon, König der Elfen; Feenoper in 3 Akten, von K. W. v. Weber.

